



Gemeindeamt Pettneu am Arlberg

6574 Pettneu am Arlberg, Pettneu am Arlberg 152

Tel.: +43 5448/8210, Fax: +43 5448/8210-4

Internet: www.pettneu.at, E-Mail: gemeinde@pettneu.tirol.gv.at

K U N D M A C H U N G

007/2018

Über die öffentliche Gemeinderatssitzung vom 06.12.2018 um 20:00 Uhr im Sitzungszimmer.

Anwesend: Bgm. Manfred Matt, Vizebgm. Patrik Wolf, GV Bruno Falch, GV Simone Nöbl, GR Maximilian Falch, GR Marco Jordan, GR Julian Mattle, GR Mag. Hartwig Röck, GR Sebastian Scalet, GR Wolfgang Traxl, GR Claudia Weiter, GR Dominik Zangerle,

- 1 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig** bei einer Stimmenthaltung, auf das zugunsten der Gemeinde Pettneu am Arlberg in EZ 973 einverleihte Vorkaufsrecht nicht zu verzichten.
- 2 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, sich an der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe des Landes Tirol zu beteiligen und die von der Landesregierung in ihrer Sitzung am 5. September 2018 geänderten und diesem Beschluss als **Beilage A** beigehefteten Richtlinien über die Gewährung der Mietzins- und Annuitätenbeihilfe mit Wirksamkeit ab 01.01.2019 gänzlich zu übernehmen. Die Gemeinde Pettneu am Arlberg ist bereit, 20 % der Kosten für die vom Land Tirol in Abstimmung mit der Gemeinde Pettneu am Arlberg gewährten Mietzins- und Annuitätenbeihilfe zu tragen.
- 3 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, einem Landwirt, der der Gemeinde Pettneu am Arlberg zur Errichtung des Lawinenschutzdammes Zeinsbach verschiedene Grundstücke zur Verfügung gestellt hat, aus Gst 3396 des Öffentlichen Gutes eine Fläche von etwa 40 m² zum Preis von € 200,00/m² zu verkaufen.
- 4 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, als Vertreterin und Verwalterin des Öffentlichen Gutes der TIWAG – Tiroler Wasserkraft AG das Recht der unterirdischen Verlegung, Benützung und Erhaltung von Starkstromkabeln zur Übertragung elektrischer Energie mit einem Drehstromsystem und einer höchsten Betriebsspannung von 36.000 Volt samt Zubehör sowie Kabeln zur Übertragung von Nachrichten samt Zubehör in Grundstück 3735 (Verbindungsstraße Schnann) einzuräumen und den vorliegenden Dienstbarkeitsbestellungsvertrag durch Bgm. Manfred Matt, Bgm.-Stv. Patrik Wolf und ein Gemeindevorstandsmitglied beglaubigt zu unterfertigen.
- 5 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, die Grundstücke 779, 780, 781 und 3033/3 aus EZ 445, das Grundstück 3022/1 aus EZ 493 und das Grundstück 3021 aus EZ 860 zum Pauschalpreis von insgesamt € 30.000,00, bei einer Gesamtfläche von 5.285 m² somit um den Kaufpreis von etwa € 5,68/m², zuzüglich der von

der Gemeinde Pettneu am Arlberg als Käuferin zu entrichtenden Grunderwerbsteuer anzukaufen.
Der Kaufvertrag ist von Bürgermeister Manfred Matt gemeinsam mit Bgm.-Stv. Patrik Wolf und einem Gemeindevorstandsmitglied beglaubigt zu unterfertigen.

- 6 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, auf dem Platz östlich des alten Feuerwehrgebäudes in Schnann und südlich des Hauses Schnann 33 keine Kurzparkzone zu verordnen. Es wird jedoch die Parksituation über einen längeren Zeitraum beobachtet, um allenfalls in einem Jahr über die weitere Vorgangsweise zu beraten.
- 7 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, die Verpachtung einer Fläche im Ausmaß von etwa 500 m² aus Grundstück 2846/13 westlich des KFZ-Betriebes Ladner durch die Gemeindegutsagrargemeinschaft Schnann an die Gärtnerei Falch zustimmend zu Kenntnis zu nehmen. Im noch zu erstellenden Pachtvertrag ist festzuhalten, dass ein Pachtzins von € 3,50 pro m² Pachtfläche zu bezahlen ist, dieses Pachtverhältnis jährlich gekündigt werden kann und Martina Falch es nunmehr der Gemeindegutsagrargemeinschaft Schnann zu ermöglichen hat, den bestehenden Viehtriebweg, der vom Gst 3482/1 der ÖBB nördlich ihres bereits bestehenden Folientunnels über die Brücke bei der Unterführung Gewerbegebiet Schnann bis nördlich des Gebäudes der Fa. „s'Fäscht“ verläuft, zu nutzen.
- 8 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig**, von der Fa. Kahlbacher eine Schneefräse zum Preis von brutto € 39.600,00 anzukaufen.
- 9 Der Gemeinderat nimmt den Bericht von Bruno Falch, Obmann des Überprüfungsausschusses, über die Überprüfung der Gemeindekassa vom 25.10.2018 zur Kenntnis.
- 10 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig** die vom 21.08.2018 bis 25.10.2018 angefallenen Haushaltsüberschreitungen in Höhe von € 61.141,64 gemäß der unter **Beilage 1** beigefügten Auflistung und die Bedeckung der Überschreitungen und Mindereinnahmen aus den in **Beilage 2** angeführten Haushaltsstellen.
- 11 Der Gemeinderat der Gemeinde Pettneu am Arlberg beschließt **einstimmig** den Abschluss eines Tauschgeschäftes, aufgrund dessen ein Landwirt aus Flirsch das östlich des Ausstellungsplatzes liegende Grundstück Gst 3562 im Ausmaß von 2.375 m² im Tauschweg an die Gemeinde Pettneu am Arlberg überträgt, während die substanzberechtigte Gemeinde Pettneu am Arlberg ihr Zustimmung erteilt, dass aus Gst 2512/1 der Gemeindegutsagrargemeinschaft Schnann zwei neugebildete Grundstücke Gst 2512/5 und Gst 2512/6 im Ausmaß von insgesamt 3.601 m² ohne weitere Aufzahlung an diesen Landwirten in Flirsch übertragen werden.

Der Bürgermeister:
Matt Manfred

Angeschlagen und im Internet kundgemacht am: 07.12.2018
Abgenommen am: 22.12.2018

MIETZINS- UND ANNUITÄTENBEIHILFE Richtlinie

Das Land Tirol gewährt zur Milderung von besonderen Härtefällen Mietzins- oder Annuitätenbeihilfen - kurz als Beihilfen bezeichnet - an eigenberechtigte österreichische StaatsbürgerInnen und ihnen im Sinne der Bestimmungen des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991 gleichgestellte Personen (z.B. UnionsbürgerInnen), die sich rechtmäßig in Tirol aufhalten und seit mindestens zwei Jahren in der Gemeinde den Hauptwohnsitz haben. Diesem Personenkreis gleichzusetzen sind Personen, die insgesamt 15 Jahre mit Hauptwohnsitz in der jeweiligen Gemeinde wohnhaft sind bzw. waren.

Solche Beihilfen werden im Regelfall nur für Wohnungen gewährt, die nicht mit Mitteln der Wohnbauförderungsgesetze 1954, 1968 oder 1984, des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991 (mit Ausnahme der Gewährung von Förderungskrediten für den Erwerb oder die Fertigstellung einer Wohnung nach § 15 TWFG 1991), der Bundes-Sonderwohnbaugesetze 1982 oder 1983, des Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds oder des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gefördert sind. Im Falle einer begünstigten Rückzahlung des Förderungskredits durch die Beihilfewerberin / den Beihilfewerber oder bei Kündigung des Förderungskredits der Beihilfewerberin / des Beihilfewerbers wird diesem ebenfalls keine Beihilfe gewährt.

Mietzinsbeihilfen können auch an sonstige natürliche Personen gewährt werden, die seit mindestens fünf Jahren in Tirol den Hauptwohnsitz haben (Drittstaatsangehörige).

Die Gewährung einer Beihilfe erfolgt im Sinne der nachstehenden Bedingungen:

1 Beihilfe nur für Wohnungen

Über Ansuchen wird für eine förderungsfähige Wohnung eine Beihilfe in Höhe der Differenz zwischen dem anrechenbaren Wohnungsaufwand und der zumutbaren Wohnungsaufwandsbelastung (laut Anlage) zweckgebunden für die Bezahlung der Wohnungsaufwandsbelastung gewährt.

Das zumutbare Ausmaß der Wohnungsaufwandsbelastung vermindert sich bei einem monatlichen Einkommen (1/12 des jährlichen Einkommens laut Berechnung des Einkommens nach der Wohnbauförderungsrichtlinie) bis EUR 1.860,- um 6 % bei:

- Haushalten, bei denen ein Mitglied eine Minderung der Erwerbsfähigkeit im Sinne des § 35 Einkommensteuergesetzes 1988 im Ausmaß von mindestens 55 % aufweist,
- Haushalten mit einem behinderten Kind im Sinne des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967,
- Familien.

Bei einem monatlichen Einkommen von über EUR 1.860,- vermindern sich die 6 % um 0,1 % pro EUR 8,- des Überschreitungsbetrages.

Als Familie gelten miteinander verheiratete Personen oder eingetragene PartnerInnen mit oder ohne Kind(er) sowie AlleinerzieherInnen oder Lebensgemeinschaften, mit zumindest einem im Haushalt lebenden Kind, für das Familienbeihilfe bezogen wird.

Förderungsfähig ist eine in sich abgeschlossene Wohnung, die der regelmäßigen Benutzung durch die Beihilfebezieherin / den Beihilfebezieher dient und die zumindest aus einem Zimmer, einer Küche (Kochnische), einem Vorraum, einem WC und nach Möglichkeit aus einer Bade- oder Duschgelegenheit besteht. Eine Beihilfe wird nur an (Wohnungs-)EigentümerInnen oder an MieterInnen gewährt, die die Wohnung direkt vom Eigentümer mieten. Für Räumlichkeiten in einem Wohnheim werden keine Beihilfen gewährt.

2 Wohnungsaufwand

Als Wohnungsaufwand gelten der Hauptmietzins bzw. die auf die Wohnung entfallenden Annuitäten der zur Finanzierung der Gesamtbaukosten (ohne Grundkosten) aufgenommenen Kredite zuzüglich vorgeschriebener, angemessener Instandhaltungskosten, Verwaltungskosten und einer allfälligen Umsatzsteuer. Bei Eigenheimen werden keine derartigen Kosten angerechnet.

Der Wohnungsaufwand vermindert sich um allfällige anderweitige Zuschüsse, die zur Minderung der Belastung aus dem Wohnungsaufwand gewährt werden. Für den Zeitraum der Gewährung von Beihilfen nach dem Heeresgebührengesetz wird keine Beihilfe gewährt.

Als **anrechenbarer Wohnungsaufwand** werden höchstens EUR 3,50 je m² förderbare Nutzfläche berücksichtigt. Über Ansuchen einzelner Gemeinden kann für deren Gemeindegebiet ausnahmsweise ein Betrag bis zu EUR 5,- je m² Nutzfläche als anrechenbarer Wohnungsaufwand zugrunde gelegt werden.

Bei einem Haushalt mit einer Person wird - unabhängig von der tatsächlichen Nutzfläche der Wohnung - der anrechenbare Wohnungsaufwand unter Zugrundelegung einer förderbaren Nutzfläche von 50 m² errechnet. Die förderbare Nutzfläche erhöht sich für jede weitere im gemeinsamen Haushalt lebende Person um 20 m², maximal jedoch auf 110 m². Bei Wohnungen, deren Nutzfläche größer als 110 m² ist, wird der Berechnung der Beihilfe - abhängig von der Personenanzahl - die tatsächliche Wohnnutzfläche zugrunde gelegt (bei 5 Personen bis höchstens 130 m², ab 6 Personen bis höchstens 150 m²). Die Feststellung der Nutzfläche erfolgt nach den Bestimmungen des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991. Bei der Zugrundelegung der förderbaren Nutzfläche kann auf besondere Härtefälle Rücksicht genommen werden. Sofern der nach der Haushaltsgröße berechnete anrechenbare Wohnungsaufwand geringer ist als der zu bezahlende Wohnungsaufwand, wird die Beihilfe unter Zugrundelegung dieses anrechenbaren Wohnungsaufwandes ermittelt.

3 Nachweis des Wohnungsaufwandes

Die Höhe des monatlichen Wohnungsaufwandes ist in geeigneter Form (z.B. mittels Mietvorschreibung oder Bestätigung - Formblatt F8a oder Einzahlungsbeleg) nachzuweisen. Bei Eigenheimen/Eigentumswohnungen ist die Höhe der monatlichen Annuitätenzahlungen unter Verwendung des hierfür vorgesehenen Formblattes durch eine Bestätigung des Kreditgebers bzw. des Verwalters nachzuweisen.

Für den Wohnungsaufwand werden nur Hypothekarkredite mit den in der jeweiligen Promesse festgelegten Konditionen, höchstens jedoch mit einer Belastung berücksichtigt, die zum Zeitpunkt des Wirksamkeitsbeginns der Beihilfe nicht höher liegt als 5,25 %-Punkte jährlich über dem einen Bankarbeitstag vor dem jeweiligen Anpassungszeitpunkt (1. Jänner, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober) von der European Banking Federation (EBF) veröffentlichten 3-Monats-Euribor, kaufmännisch gerundet auf die zweite Dezimalstelle (Nachkommastelle). Bei der Berechnung des Wohnungsaufwandes werden nur Kredite berücksichtigt, die zur Errichtung oder zum Kauf - nicht aber zur Sanierung - des Gebäudes oder der Wohnung verwendet worden sind.

4 Berechnung des Einkommens

Das für die Berechnung der Beihilfe maßgebende Einkommen wird nach der Bestimmung des § 2 (9) TWFG 1991 ermittelt.

a) Berechnung des Einkommens bei ArbeitnehmerInnen:

Jahres-BruttoBezüge ohne Familienbeihilfe abzüglich

- Werbungskosten (z.B. Sozialversicherung, Kammerumlage, jedoch ohne Werbungskostenpauschale)
- außergewöhnliche Belastungen
- Freibeträge für InhaberInnen von Amtsbescheinigungen, Opferausweisen und für LandarbeiterInnen
- Lohnsteuer

b) Berechnung des Einkommens bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden:

Einkommen nach § 2 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes 1988 zuzüglich

- + der bei der Einkommensermittlung abgezogenen steuerfreien Beträge des Gewinnfreibetrages, des Werbungskostenpauschales, der Sonderausgaben, des Veranlagungsfreibetrages usw. lt. TWFG 1991 abzüglich

- gewinnerhöhend aufgelöste Beträge eines Gewinnfreibetrages
- Einkommensteuer

c) Berechnung des Einkommens bei Land- und Forstwirtschaftlichen:

Bei Land- und Forstwirtschaftlichen wird das Einkommen unter Zugrundelegung des bei der Beitragsbemessung in der bayerischen Sozialversicherung vorgesehenen Prozentsatzes des Einheitswertes sowie unter Berücksichtigung eines Pauschalbetrages von EUR 360,- monatlich zur Erfassung der in solchen Betrieben üblichen Einnahmen berechnet.

Bei der Berechnung des Einkommens nach a) bis c) werden zudem berücksichtigt:

- gerichtlich oder vom Land anerkannte, vertraglich festgesetzte Unterhaltsleistungen, die dem Beihilfenbezieher / der Beihilfenbezieherin oder dessen Gattin / deren Gatten (Lebensgefährtin / Lebensgefährte) kontinuierlich zufließen oder von diesen Personen kontinuierlich zu zahlen sind
- steuerfreie Bezüge (z.B. Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosengeld)
- ein angemessener Anteil sonstiger Einnahmen (z.B. gesamte Mindestsicherung, angemessenes Trinkgeld)
- Lehrlingsentschädigungen zählen nicht zum Einkommen

5 Nachweis des Einkommens

Das Einkommen ist nachzuweisen:

- bei ArbeitnehmerInnen durch Vorlage einer Lohnsteuerbescheinigung oder eines Lohnzettels für das der Einbringung des Ansuchens vorangegangene Kalenderjahr; zugleich ist eine Erklärung über allfällige Einkünfte im Ausland abzugeben. Sollte bis Februar eines Jahres der Lohnzettel für das vorangegangene Kalenderjahr nicht vorgelegt werden können, kann der Lohnzettel des Vorjahres vorgelegt werden;
- bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides für das letzte veranlagte Kalenderjahr; bezieht eine solche Person auch Einkünfte aus nicht selbständiger Tätigkeit, so ist auch der Nachweis nach lit. a vorzulegen;
- bei Land- und Forstwirtschaftlichen durch Vorlage des Einheitswertbescheides und allfälliger sonstiger Einkommensnachweise.

Für die Berechnung des Einkommens bzw. der Beihilfe wird das gesamte Einkommen des Beihilfenbezieher / der Beihilfenbezieherin, der Ehegattin / des Ehegatten bzw. der Lebensgefährtin / des Lebensgefährten und für die weiteren im gleichen Haushalt lebenden Personen, für die keine Familienbeihilfe bezogen wird (z.B. für volljährige Kinder), ein Drittel des nachgewiesenen Einkommens, zumindest jedoch der Mindestsatz gem. § 5 (2) lit. b Tiroler Mindestsicherungsgesetz, berücksichtigt. Leben mehrere Haushalte in einer Wohnung, ist das Einkommen für jeden Haushalt getrennt zu ermitteln.

Wenn BeihilfenbezieherInnen nicht für den gesamten, für die Ermittlung des Einkommens maßgeblichen Zeitraum ein Einkommen nachweisen können, kann das Einkommen unter Zugrundelegung des nachgewiesenen Zeitraumes berechnet bzw. geschätzt werden. Maßgebend ist grundsätzlich jenes Einkommen, das zum Zeitpunkt der Ermittlung der Beihilfe im Sinne dieser Richtlinie nachgewiesen und zugrunde gelegt wird.

Zur Ermittlung der regelmäßigen bzw. realistisch erscheinenden Einkommensverhältnisse können erforderlichenfalls auch weitere Nachweise, wie z.B. eine Erklärung über ein glaubhaftes Einkommen verlangt und allenfalls auch die jeweils geltenden Mindestsätze gem. § 5 (2) Tiroler Mindestsicherungsgesetz bei der Berechnung der Beihilfe zugrunde gelegt werden. Für den Fall, dass im Vergleich zur Wohnungsaufwandsbelastung ein besonders unrealistisches Einkommen angegeben wird, kann die Gewährung der Beihilfe abgelehnt werden.

6 Einreichung des Ansuchens

Das Ansuchen um eine Beihilfe ist samt den erforderlichen Unterlagen beim zuständigen Gemeinde(Stadt)amt, im Bereich der Stadt Innsbruck beim Stadtmagistrat Innsbruck unter Verwendung der dafür vorgesehenen Formblätter einzureichen.

Bei der Einreichung des ersten Ansuchens ist auf Verlangen der Gemeinde oder des Landes ein Mietvertrag vorzulegen. Die Beihilfe wird jeweils für ein Jahr bewilligt und wird frühestens ab dem der Einreichung des vollständigen Ansuchens beim zuständigen Gemeindeamt (Stadtamt) folgenden Monat im Nachhinein zur Auszahlung gebracht.

Ein Ansuchen, das bis zum dritten Werktag des jeweiligen Monats eingereicht wird, gilt als noch rechtzeitig für die Gewährung einer Beihilfe für diesen Monat eingebracht.

Der einjährige Geltungszeitraum der zu gewährenden Beihilfe beginnt frühestens mit dem Monat, in dem die (regelmäßige) Benutzung der Wohnung bei gleichzeitiger Bezahlung des Wohnungsaufwandes beginnt bzw. überwiegend gegeben ist. Eine kontinuierliche Weitergewährung einer Beihilfe kann bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen dann erfolgen, wenn spätestens innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des vorhergehenden Beihilfen-Bewilligungszeitraumes um die Weitergewährung der Beihilfe angesucht wird.

In besonderen Härtefällen kann eine erstmals oder nach einem längeren Zeitraum wieder zu gewählende Beihilfe für höchstens 3 Monate rückwirkend bewilligt werden.

Die Beihilfe wird kaufmännisch auf einen vollen Eurobetrag gerundet. Eine Beihilfe von weniger als EUR 7,- wird nicht gewährt.

7 Verpflichtung zur Meldung von Änderungen

Die Bezieherin / der Bezieher der Beihilfe hat dem zuständigen Gemeinde(Stadt)amt oder dem Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Wohnbauförderung, jeden Umstand, der zu einer Verringerung der Höhe der Beihilfe oder zu deren Einstellung führen kann, innerhalb eines Monats von dem Zeitpunkt an, an dem von diesem Umstand Kenntnis erlangt wird, unter Beibringung der entsprechenden Unterlagen mitzuteilen. Die Höhe der Beihilfe wird aufgrund der geänderten Verhältnisse jedenfalls dann neu berechnet, wenn das Ausmaß der Änderung mindestens 30 % gegenüber der bisher gewährten Beihilfe beträgt. In begründeten sozialen Härtefällen kann die gewährte Beihilfe auf einen befristeten Zeitraum in der ursprünglichen Höhe belassen werden. Eine Beihilfe, die zu Unrecht empfangen wurde, ist zurückzuzahlen.

8 Kosten der Beihilfe

Die Kosten der Beihilfe trägt zu 80 % das Land und zu 20 % die zuständige Gemeinde. Für den Fall, dass eine Gemeinde im Einzelfall nur bereit ist, zu einer geringeren als der sich nach dieser Richtlinie ergebenden Beihilfe einen anteilmäßigen Betrag zu bezahlen, verringert sich die zu gewählende Beihilfe und damit auch der Anteil des Landes entsprechend. Für den Fall, dass eine Gemeinde keine Anteilsleistung zahlt, kann auch keine Beihilfe gewährt werden.

Im Falle der Beteiligung an der Mietzins- und Annuitätenbeihilfenaktion hat die Gemeinde die entsprechenden Beschlüsse nach Maßgabe der Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung zu fassen. Land Tirol, Tiroler Gemeindeverband und Stadt Innsbruck haben sich auf eine einheitliche Anwartschaft von zwei Jahren geeinigt.

9 Regelung für Studierende

An Studierende wird im Falle sozialer Bedürftigkeit und bei Vorliegen eines Mietvertrages für das gesamte Wohnobjekt eine Beihilfe gewährt, wobei als Wohnungsaufwand höchstens ein Betrag von EUR 2,5 je m² förderbare Nutzfläche und Monat und eine förderbare Nutzfläche von höchstens 50 m² zugrunde gelegt wird. Wohnen mehrere StudentInnen in einem Objekt, so wird das Ausmaß der förderbaren Nutzfläche im Sinne des Punktes 2 dieser Richtlinie, höchstens jedoch unter Zugrundelegung von 90 m², ermittelt. An andere Wohngemeinschaften bzw. bei Vermietung von Einzelzimmern werden keine Beihilfen gewährt.

Im Falle, dass einzelne StudentInnen einer Studentenwohnge-meinschaft ihr Studium beenden, berufstätig sind und über ein entsprechendes Einkommen verfügen, kann auf die Dauer des laufenden Bewilligungszeitraumes (maximal ein Jahr) die Beihilfe ohne Berücksichtigung dieser StudienabsolventInnen (sowohl hinsichtlich des Einkommens als auch hinsichtlich der förderbaren Nutzfläche) berechnet und (weiter)gewährt werden. Ansonsten gilt folgendes: Wird von einer Studentin / einem Studenten ein laufendes Einkommen aus einer mindestens halbtägigen Arbeit nachgewiesen, so kann die

Beihilfe abweichend von der angeführten Studenten-Regelung im Sinne des Punktes 2 dieser Richtlinie ermittelt werden.

Bei der Berechnung der Beihilfe ist auch auf das Einkommen der Eltern bzw. Unterhaltspflichtigen Bedacht zu nehmen. Die soziale Bedürftigkeit kann angenommen werden, wenn das monatliche Netto-Einkommen (Jahreszwölfte) der Eltern oder der Unterhaltspflichtigen den Betrag von € 1.995,-- pro Elternteil oder Unterhaltspflichtigem bzw. das monatliche Gesamt Netto-Einkommen (Jahreszwölfte) beider Elternteile oder Unterhaltspflichtigen den Betrag von € 3.990,-- nicht überschreitet und kein Grund zur Versagung oder Reduktion der Beihilfe nach Punkt 10 dieser Richtlinie vorliegt.

Im Falle des nachweislichen Fehlens eines zweiten Unterhaltspflichtigen darf das monatliche Netto-Einkommen (Jahreszwölfte) nicht mehr als € 2.850,-- betragen.

Die Einkommensgrenze erhöht sich für Geschwister bis zum vollendeten 25. Lebensjahr des/der Studierenden um je € 245,--.

Bedürftige Studierende in einer Wohngemeinschaft erhalten auch dann eine Beihilfe, wenn nicht bedürftige Studierende in der Wohngemeinschaft wohnen.

Der Einkommensnachweis kann auch durch schriftliche Erklärung erfolgen.

10 Besondere Bedingungen

Eine Beihilfe wird im Regelfall nur an zumindest 18-jährige Personen mit einem selbständigen und regelmäßigen Wohnbedarf gewährt. Bei Bestehen eines Mietverhältnisses zwischen nahestehenden Personen (im Sinne der Bestimmungen des Tiroler Wohnbauförderungsgesetzes 1991) kann bei der Berechnung der Beihilfe auch auf das Einkommen der Vermieterin / des Vermieters Bedacht genommen werden.

Wenn die Gewährung der Beihilfe im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Beihilfenempfängerin / des Beihilfenempfängers bzw. dessen Eltern oder Unterhaltspflichtigen sowie aus anderen Gründen sozial nicht gerechtfertigt erscheint, kann die Beihilfe abgelehnt oder mit einem reduzierten Betrag bewilligt werden.

11 Besondere Härtefälle

In besonders gelagerten Härtefällen kann eine Beihilfe mit Beschluss der Landesregierung auch über die Bestimmungen dieser Richtlinie hinaus gewährt werden. Das Einvernehmen mit der Gemeinde ist herzustellen.

12 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit 1. Jänner 2019 in Kraft.

=====

Gemeinde Pettneu -

Beilage 1

gaben-Überschreitungen bzw. Einnahmen-Unterschreitungen gegenüber dem Voranschlag 2017

Haushaltsstelle	Bezeichnung Haushaltsstelle lt. VA	Soll	Voranschlag	Überschreitung / Unterschreitung	bewilligt mit GRB 05.07.2018	bewilligt mit GRB 02.10.2018	bewilligt mit GRB 01.01.2018	bewilligt mit GRB 01.01.2018
Überschreitungen (Überwachung gemäss § 2 Abs. f) GHV)								
1 / 0 - 7299	Ausflug Gemeinderäte	3.613,00	0,00	3.613,00	0,00	3.613,00	0,00	0,00
1 / 023 - 757	Zuschuss FVV Meldewesen	7.268,00	3.700,00	3.568,00	0,00	3.568,00	0,00	0,00
1 / 134 - 020	Messkluppe	600,00	0,00	600,00	0,00	0,00	600,00	0,00
1 / 163 - 400101	Reinigung Dienstkleidung	1.441,53	500,00	941,53	0,00	0,00	941,53	0,00
1 / 179 - 7299	Verpflegung Einsatzmannschaften Muren	1.851,50	0,00	1.851,50	0,00	0,00	1.851,50	0,00
1 / 21101 - 4001	Lehrmittel	592,01	500,00	92,01	0,00	92,01	0,00	0,00
1 / 212 - 772	IV-Beitrag Neue Mittelschule	17.170,38	15.000,00	2.170,38	2.170,38	0,00	0,00	0,00
1 / 213 - 7521	Betriebsbeiträge Sonderschulen	9.577,76	9.300,00	277,76	0,00	277,76	0,00	0,00
1 / 214 - 7521	Betriebsbeiträge Poly	12.197,35	12.100,00	97,35	0,00	97,35	0,00	0,00
1 / 3202 - 752	Beitrag Landesmusikschule	1.875,75	1.400,00	475,75	475,75	0,00	0,00	0,00
1 / 361 - 72901	TV-Produktionen	3.960,00	0,00	3.960,00	0,00	3.960,00	0,00	0,00
1 / 426 - 751	Beitrag Flüchtlingshilfe	26.295,34	9.700,00	16.595,34	16.595,34	0,00	0,00	0,00
1 / 480 - 768	Mietzins und Annuitätenbeihilfe	1.541,70	1.500,00	41,70	0,00	41,70	0,00	0,00
1 / 530 - 751	Entgelt Rettungsdienst	15.827,37	15.200,00	627,37	427,37	0,00	0,00	0,00
1 / 612 - 02001	Bandsäge	2.211,60	0,00	2.211,60	0,00	0,00	2.211,60	0,00
1 / 612 - 04001	Kommunalfahrzeug Unimog U 218	169.584,16	0,00	169.584,16	169.584,16	0,00	0,00	0,00
1 / 612 - 401	Verbrauchsgüter	5.272,30	4.000,00	1.272,30	0,00	0,00	1.272,30	0,00
1 / 612 - 611905	Mure Schnannerbach	11.192,35	0,00	11.192,35	0,00	0,00	11.192,35	0,00
1 / 612 - 611906	Mure Zeinsbach	7.365,42	0,00	7.365,42	0,00	0,00	7.365,42	0,00
1 / 612 - 617	Instandhaltung Fahrzeuge	9.058,62	7.000,00	2.058,62	0,00	2.058,62	0,00	0,00
1 / 612 - 6179	Rep. Unmog alt	8.040,45	0,00	8.040,45	0,00	6.191,58	1.848,87	0,00
1 / 612 - 670	Versicherungen	7.978,00	5.000,00	2.978,00	1.007,73	1.970,27	0,00	0,00
1 / 631 - 7289	Räumung Rückhaltebecken Schnannerbach	109,00	0,00	109,00	0,00	109,00	0,00	0,00
1 / 631 - 728903	Räumung Rückhaltebecken Gridlon	345,30	0,00	345,30	0,00	345,30	0,00	0,00
1 / 771 - 729	Tourismusförderung	10.360,00	5.200,00	5.160,00	0,00	5.160,00	0,00	0,00
1 / 814 - 401	Spillt/Streusalz	15.641,23	14.000,00	1.641,23	0,00	0,00	1.641,23	0,00
1 / 814 - 618	Instandhaltung der Geräte	4.868,75	2.500,00	2.368,75	336,43	2.032,32	0,00	0,00
1 / 814 - 62001	Transportkosten Schneeräumung	25.134,37	10.000,00	15.134,37	15.134,37	0,00	0,00	0,00
1 / 814 - 62002	Schneeräumung extern Schnann	11.236,20	7.000,00	4.236,20	3.977,60	258,60	0,00	0,00
1 / 814 - 62003	Schneeräumung extern Pettneu	17.155,09	7.000,00	10.155,09	7.948,28	2.206,81	0,00	0,00
1 / 816 - 6199	Mure Schnannerbach	1.538,71	0,00	1.538,71	0,00	0,00	1.538,71	0,00
1 / 840 - 00102	Grundkauf Czepe Vadiesen	4.352,00	0,00	4.352,00	4.352,00	0,00	0,00	0,00
1 / 840 - 729	Sonstige Ausgaben	2.725,04	900,00	1.825,04	0,00	1.825,04	0,00	0,00
1 / 84801(-) - 451	Heizung	8.769,95	7.000,00	1.769,95	0,00	0,00	1.769,95	0,00
1 / 84801(-) - 6149	Boden FF-Halle Pettneu	25.460,16	20.000,00	5.460,16	0,00	5.460,16	0,00	0,00
1 / 850 - 6129	Schäden Mure Schnannerbach	6.197,59	0,00	6.197,59	0,00	0,00	6.197,59	0,00
1 / 851 - 6129	Schäden Mure Schnannerbach	21.599,58	0,00	21.599,58	0,00	2.551,00	19.048,58	0,00
1 / 851 - 7551	Betriebsbeitrag Biomüll	90.577,50	90.000,00	577,50	0,00	0,00	577,50	0,00
1 / 852 - 729	Sonstige Ausgaben	8.520,48	5.000,00	3.520,48	0,00	3.520,48	0,00	0,00
1 / 852 - 755101	Betriebsbeitrag Biomüll	8.977,48	8.500,00	477,48	0,00	0,00	477,48	0,00
1 / 852 - 755201	Schuldendienst Biomüll	8.207,03	5.600,00	2.607,03	0,00	0,00	2.607,03	0,00
1 / 852 - 775	Investitionsbeitrag	2.294,95	1.000,00	1.294,95	0,00	1.294,95	0,00	0,00
1 / 870 - 614	Instandhalt. Gebäude, Anlagen E-Werk	1.452,42	1.000,00	452,42	0,00	452,42	0,00	0,00
= Summe aller Überschreitungen gegenüber dem Voranschlag:				330.237,42	222.009,41	47.086,37	61.141,64	0,00
... davon entfallen auf tatsächliche Überschreitungen				330.237,42	222.009,41	47.086,37	61.141,64	0,00
... davon entfallen auf (neutrale) Um- und Nachbuchungen				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Gemeinde Pettneu -Bedeckungen

Beilage 2

Bedeckungen (Minder-Ausgaben und Mehr-Einnahmen) (ab Euro 200,00)

Haushaltsstelle	Bezeichnung Haushaltsstelle lt. VA	Soll	Voranschlag	Bedeckungsbetrag
1 / 022 - 752	Standesamt	7.349,03	8.000,00	650,97
2 / 240 + 8101	Kostenersatz Land Gratiskinderg.	9.159,29	5.000,00	4.159,29
2 / 24001 + 8101	Kostenersatz Land Gratiskinderg.	2.787,61	1.000,00	1.787,61
1 / 212 - 7521	Betriebsbeitrag Neue Mittelschule	86.103,31	90.000,00	3.896,69
2 / 363 + 8713	Zuschuss Dorferneuerung	2.652,00	0,00	2.652,00
1 / 411 - 7511	Grundsicherungsgesetz	8.259,00	10.800,00	2.541,00
1 / 411 - 7513	Mindestsicherungsgesetz privatrecht	49.064,00	54.100,00	5.036,00
1 / 411 - 751301	Mindestsicherungsgesetz Mobil	27.263,00	30.700,00	3.437,00
1 / 413 - 751	Rehabilitationsgesetz	76.665,00	86.500,00	9.835,00
2 / 411 - 8611	Zuwendungen d.Landes f. Sozialhilfe	20.130,68	7.900,00	12.230,68
1 / 420 - 7551	Betriebsbeitrag	0,00	40.000,00	40.000,00
1 / 420 - 7552	Schuldendienstbeitrag	32.520,60	36.000,00	3.479,40
1 / 439 - 751	Jugendwohlfahrtsbeitrag an das Land	15.900,00	21.100,00	5.200,00
1 / 612 - 700	Fahrzeugmiete Pickup	0,00	4.000,00	4.000,00
2 / 612 + 871102	Bedarfszuweisung Unimog	100.000,00	0,00	100.000,00
1 / 816 - 050	Erweiterung Straßenbeleuchtung	0,00	8.000,00	8.000,00
2 / 840 + 001001	Grundverkauf	12.632,50	0,00	12.632,50
2 / 850 + 8521	Anschlussgebühren	36.376,74	26.000,00	10.376,74
2 / 851 + 8521	Anschlussgebühren	74.133,92	45.000,00	29.133,92
1 / 851 - 7552	Schuldendienstbeitrag ob. Stanzertal	84.517,86	93.000,00	8.482,14
2 / 851 - 8711	Bedarfszuweisung Gebührenh. Kanal	51.320,00	0,00	51.320,00
2 / 920 + 850	Verkehrsabgabengesetz	63.388,09	50.000,00	13.388,09
2 / 990 + 963	Rechnungsergebnis Vorjahr	12.553,04	10.000,00	2.553,04
				334.792,07

... davon entfallen auf **Minder-Ausgaben**

0,00

... davon entfallen auf **Mehr-Einnahmen**

0,00

Zusammenfassung:

Bedeckungen (Weniger-Ausgaben und Mehr-Einnahmen)	334.792,07
- Überschreitungen	-330.237,42
- Mindereinnahmen	0,00
= Überdeckung	4.554,65

überarbeitet am: 25.10.2018